

Wie können digitale Beteiligungsmethoden einen Beitrag leisten, Interessen und Sichtweisen bisher unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen besser in Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse der gesundheitsfördernden Stadtentwicklung zu integrieren?

Das Problem

Die Verteilung von Umweltgütefaktoren folgt in der Regel dem Muster sozialer Segregation. Dort wo sozial benachteiligte Schichten einer Stadtgesellschaft wohnen, können häufig **multiple Umweltbelastungslagen bei gleichzeitig erhöhter Vulnerabilität der Bevölkerung** beobachtet werden. Ebenso herrscht in diesen Wohnlagen meist ein Mangel an wohnortnahen Natur- und Erholungsräumen. Die gesundheitlichen Folgen dauerhaft erhöhter Exposition gegenüber schädlichen Umwelteinflüssen wie Lärm und Luftschadstoffen sowie der Abwesenheit von Naturräumen und naturnahen Freizeiträumen im Wohnumfeld sind hinlänglich bekannt [1, 2, 3].

Für viele Verfahren der Stadtentwicklung besteht eine Pflicht zur frühzeitigen **Beteiligung der Öffentlichkeit**, im Rahmen derer Bürger*innen Stellungnahmen zu geplanten Vorhaben abgeben können. Allerdings werden derartige Möglichkeiten von sozial Benachteiligten deutlich seltener in Anspruch genommen. Stattdessen beteiligen sich mehrheitlich gut gebildete Bürger*innen, die jene Teilhabekanäle gewinnbringend für sich zu nutzen wissen. In der Folge **finden vorwiegend Interessen und Sichtweisen Bessergestellter Einfluss in das jeweilige Verfahren**, während Interessen und Sichtweisen sozial Benachteiligter kaum repräsentiert werden (können).

Als **Gründe für das Fernbleiben sozial Benachteiligter in Partizipationsprozessen** können vielfältige Barrieren ausgemacht werden, so zum Beispiel Sprachbarrieren, Mangel an zeitlichen Ressourcen oder fehlendes Selbstvertrauen vor Unbekannten frei zu sprechen, Nicht-Wissen über die Möglichkeit zur Beteiligung etc. Diese Barrieren gilt es zu identifizieren und zu reduzieren.

Die Idee

Das Internet bietet Möglichkeiten die genannten **Beteiligungsbarrieren zu adressieren und zu mindern**. Abbildung 1 fasst mögliche Chancen und Risiken von Online-Beteiligung zusammen. Hervorgehoben sind Punkte, die im Rahmen der Arbeit vordergründig behandelt werden sollen.

Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> Steigerung der Beteiligung Intensivierung politischer Beteiligung Verbesserte Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen Steigerung von Legitimität und Vertrauen Demokratisierung von Informationen 	<ul style="list-style-type: none"> Geringe Beteiligung oder Beteiligung trotz fehlender Sachkenntnis („Slackivism“) Vergrößerung bestehender/Schaffung neuer Ungleichheiten Beteiligungshürden Nutzbarkeit und Vertrauen in Plattformen Beschleunigung der deliberativen Demokratie

Abbildung 1 - Chancen und Risiken digitaler Beteiligung (Zusammenfassung nach [4])

Die Einzelteile

(a) Mittels **Scoping-Review** [5] werden Anwendungen von Online-Beteiligungsverfahren mit Raumbezug im urbanen Kontext hinsichtlich Faktoren, die Teilnahmebarrieren reduzieren können, ausgewertet. Extrahiert werden insbesondere Informationen zur technischen Basis, Sampling-Methodik bzw. Öffentlichkeitsarbeit, Ansprache, (multimedialen) Informationsvermittlung, Dialogorientierung und Ergebniskommunikation. Die extrahierten Informationen werden schließlich mit den erreichten Personengruppen ins Verhältnis gesetzt. Ziel ist die Überprüfung der genannten Faktoren auf ihr Potential zur Aktivierung unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen.

(b) Zur Prüfung verschiedener barrieremindernder Faktoren werden in drei realen gesundheitsbezogenen Stadtentwicklungsprozessen **Online-Beteiligungsanwendungen** (b1/b2/b3; s. Abb. 4) in Form von PPGIS (Public Participatory Geographic Information System) Anwendungen entwickelt und umgesetzt. Für jeden der drei Prozesse werden sozioökonomische Informationen der Teilnehmenden erhoben sowie die Effektivität verschiedener barrieremindernder Faktoren durch die Teilnehmenden evaluiert.

(c) Die Ergebnisse von Öffentlichkeitsbeteiligungen sind im Rahmen der Entscheidungsfindung lediglich ein zu berücksichtigender Belang. Daher soll mittels **Inhaltsanalyse** [6] der Umgang mit den Ergebnissen durch Verwaltung und Politik herausgestellt werden. Von besonderem Interesse ist die Frage, ob quantitativ umfangreicheren und qualitativ vielfältigeren Beteiligungsergebnissen anders bewertet werden, als Ergebnisse klassischer Beteiligung.

Die Situation

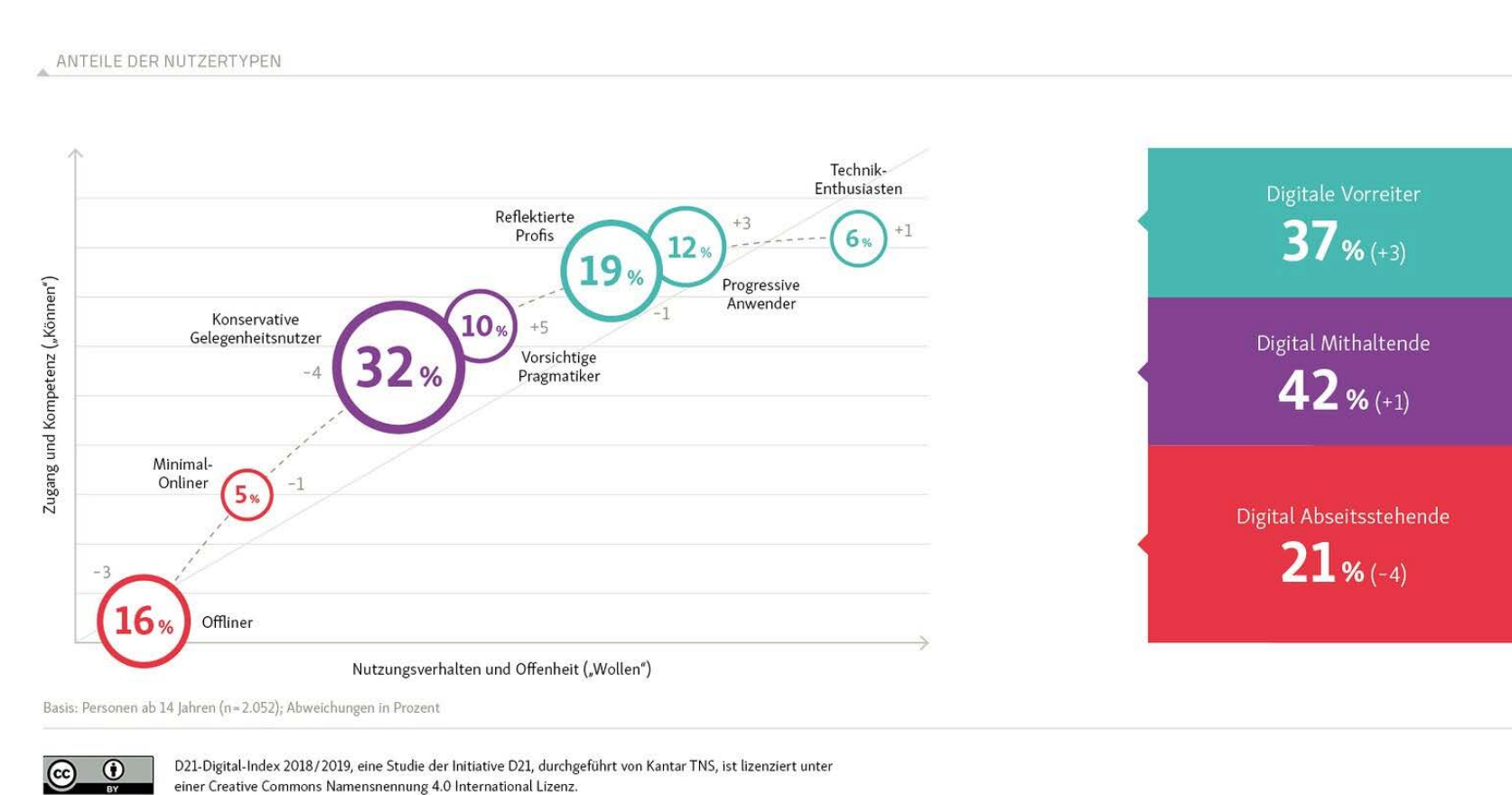


Abbildung 2 – Nutztypen und Teilhabe im Internet [7]

Inhaltsbeschreibung der Abbildung (Tortendiagramm) entfernt / keine Abdruckgenehmigung

- „Schweigende Mehrheit“ (47%)
- „Eigennützige Interessenvertreter“ (19%)
- „Digital Citizens“ (16%)
- „Traditionell Engagierte“ (10%)
- „Organisierte Extrovertierte“ (8%)

Abbildung 3 – Nutztypen politischer Kommunikation (Online/Offline) [8]

Die **Verfügbarkeit eines Internetzugangs** stellt in Deutschland kaum mehr eine Hürde dar. Rund 80% der Bevölkerung nutzen das Internet und sind somit theoretisch für Online-Partizipationsprozesse erreichbar. **Nutzungsmuster und -intensitäten hingegen sind ungleich verteilt** (s. Abb. 2). Das Maß politischer Aktivität im Internet reproduziert sich aus den diesbezüglichen Offline-Verhaltensmustern: Wer sich auf traditionellem Wege regelmäßig einbringt, tut dies in ähnlichem Maße auch im Internet und umgekehrt [8].

Gemäß Abbildung 3 sind **rund 50% der Bevölkerung der „schweigenden Mehrheit“** zuzuordnen. Die Gründe des Schweigens sind vielfältig und individuell verschieden. Erste eigene Erkenntnisse deuten jedoch darauf hin, dass das „nicht-Wissen“ um die Möglichkeit zur Beteiligung einen relevanten Faktor darstellt. Gute **Öffentlichkeitsarbeit, gepaart mit leicht nutzbaren Online-Anwendungen**, gestaltet als Bedarfs-, Meinungs- oder Abfrage örtlichen Wissens, können hier eine Perspektive bieten.

Der Plan

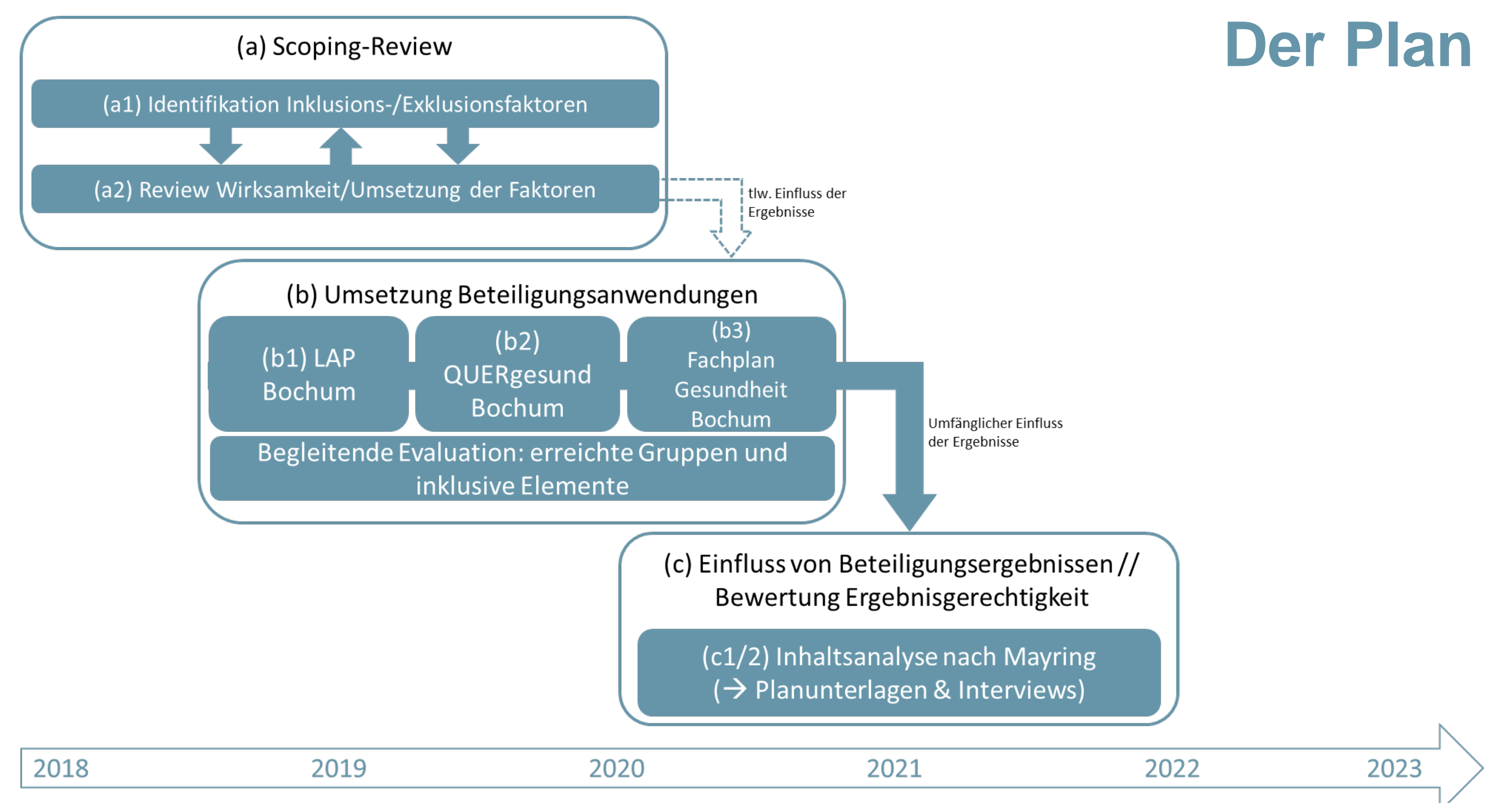


Abbildung 4 – Schematischer Arbeitsplan

Quellenangaben

- [1] Landrigan, P. J., Fuller, R., Acosta, N. J., Adeyi, O., Arnold, R., Baldé, A. B., Chiles, T. (2018). The Lancet Commission on pollution and health. The Lancet, 391(10119), 462-512
- [2] WHO (2012). Environmental health inequalities in Europe: assessment report. Copenhagen: WHO Regional Office for Europe. <http://www.who.int/iris/handle/10665/107299>
- [3] Bolte, G., Burge, C., Hornberg, C., Köckler, H., & Melick, A. (2012). Umweltgerechtigkeit durch Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit: Konzepte, Datenlage und Handlungsperspektiven. Bonn, S. 15-37
- [4] Sachs, M., Goraczek, M., Rinnerbauer, B., Schöbbeck, J. (2018). Elektronische Bürgerbeteiligung in der Praxis. In Leitner M., Sachs, M. (Hrsg.). Digitale Bürgerbeteiligung (S. 41-68). Springer Vieweg, Wiesbaden.
- [5] Tricco, Andrea & Lillie, Erin & Zarin, Wasifa & O'Brien, Kelly & Colquhoun, Heather & Levac, Danielle & Moher, David & Peters, Michal & Horsley, Tanya & Weeks, Laura & Hempel, Susanne & Akl, Elie & Chang, Christine & Moher, David & Stewart, Lesley & Hartling, Lisa & Aldcroft, Adam & G. Wilson, Michael & Gertler, Chantelle & E. Straus, Sharon. (2018). PRISMA extension for scoping reviews (PRISMA-ScR): Checklist and explanation. Annals of Internal Medicine, 169, 10.7326/M18-0850.
- [6] Mayring, P. (2010). Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken (11. Auflage). Beltz Deutscher Studien Verlag
- [7] Initiative D21 (2019). D21 Digital Index 2019/2020. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft. Berlin. https://initiative21.de/app/uploads/2019/01/d21_index2019_2020.pdf
- [8] Vowe, G. (2017). Participation über und durch das Netz. In: Bauer, H./ Hajasch, L./ Büchner, C. (Hrsg.): Partizipation in der Bürgerkommune (S. 159-172). Universitätsverlag Potsdam.